

Rechtspopulismus: (k)eine Alternative für Gentrifizierungsverlierer_innen?

Jan Üblacker, Saskia Kretschmer, Tim Lukas

Zusammenhänge zwischen wahrgenommener Aufwertung der Wohnumgebung und der Zustimmung zur Alternative für Deutschland.

1. Einleitung

Gentrification und die Verdrängung aus dem angestammten Wohngebiet zählen zu den meistdiskutierten Konsequenzen der aktuellen Lage auf den Wohnungsmärkten. Für die Bewohner_innen der im Aufwertungsprozess befindlichen Wohngebiete stellen sich diese Veränderungen sehr vielfältig dar. Im Zuge von Investitionen kommt es zu Wohnungssanierungen, Mietsteigerungen, Lärmentwicklung aufgrund von Baustellen und Umgestaltungen öffentlicher Räume. Die steigende Attraktivität insbesondere innerstädtischer und innenstadtnaher Lagen wird begleitet von einem erhöhten Umzugsvolumen. Im Gegensatz zu den Alteingesessenen verfügen die zuziehenden Milieus über höhere Einkommen, andere Konsumgewohnheiten und Lebensstile, auf die wiederum der lokale Einzelhandel und die gewerbliche Infrastruktur reagieren. Durch eine Anpassung ihres Angebots an die zahlungskräftigeren Nachfrager_innen und damit verbundene Preissteigerungen können sie auch unter der Bedingung steigender Gewerbemieten im Gebiet bestehen. Verläuft dieser Anpassungsprozess erfolglos, kann es auch hier zu Verdrängung kommen.

Während die Neuhinzugezogenen das Gebiet üblicherweise nur in seinem aktuellen Zustand kennen, sind für die Alteingesessenen und ihren Umgang mit den erfahrenen Veränderungen zwei Einstellungen denkbar. Einerseits können sie dem Wandel positiv gegenüberstehen, weil ihnen die gesteigerte Angebotsvielfalt, neue Läden und sanierter Wohnraum vermitteln, dass es in »ihrem« Gebiet nun endlich »voran geht«. Ebenso ist es möglich, dass Alteingesessene sich von den einsetzenden Veränderungen in ihrem sozialräumlichen Umfeld verunsichert fühlen. Diese Gefühle entstehen, wenn sie befürchten, sich ihre Wohnung bald

nicht mehr leisten zu können, ihre sozialen Kontakte in der Nachbarschaft zu verlieren oder beliebte Treffpunkte und Geschäfte schließen müssen.

Derartige Verlusterfahrungen, Gefühle des Abgehängtseins und eine empfundene oder tatsächliche Benachteiligung gegenüber anderen Gruppen dienen in aktuellen Debatten als mögliche Erklärungen für erstarkende rechte Orientierungen (Hillje, 2018; Deppisch, 2019). Die als unfair wahrgenommene Verteilung vermeintlich knapper Ressourcen (z.B. Wohnraum oder wohlfahrtsstaatliche Leistungen) und der pessimistische Blick auf die eigene ökonomische Situation lassen Existenzängste entstehen, die eine Nachfrage für alternative Politikansätze, radikale Versprechungen und gruppenbezogene Vorurteilsbildungen erzeugen. In Deutschland findet diese Nachfrage insbesondere in den politischen Angeboten der Alternative für Deutschland (AfD) ihre Entsprechung (Goerres, Spies & Kumlin, 2018). Deren fortgesetzte Wahlerfolge werden ursächlich auf beschleunigte Prozesse gesellschaftlichen Wandels, den relativen Bedeutungsverlust traditioneller Werte und Normen sowie eine fortschreitende ökonomische Marginalisierung von Teilen der Gesellschaft zurückgeführt (Rippl & Seipel, 2018).

Die Erklärungspotenziale ökonomischer Ansätze bleiben dabei allerdings weitgehend auf einer allgemeinen gesellschaftlichen Ebene und fokussieren einseitig ländliche Räume (Deppisch, 2019) oder benachteiligte Stadtgebiete (Hillje, 2018). Das direkte städtische Wohnumfeld und die dortigen Erfahrungen ökonomischer Marginalisierungen unter den Bedingungen sozialräumlicher Aufwertung werden bisher nicht in den Blick genommen. Globalisierung, soziokultureller und sozioökonomischer Wandel zeigen sich jedoch sowohl in den Städten in Form veränderten sozialräumlicher Konstellationen (z.B. soziale Segregation) als auch in den Quartieren in Form der oben dargestellten Aufwertungsprozesse.

Vor diesem Hintergrund liegt der Schwerpunkt dieses Beitrags auf der Analyse von Zusammenhängen zwischen der wahrgenommenen Gentrification der Wohnumgebung, ökonomischen Ängsten und der Zustimmung zur AfD. Konkret geht der vorliegende Beitrag folgender Frage nach: Welchen Beitrag leistet die wahrgenommene Gentrification des Wohnumfelds zu sozioökonomischen Erklärungen rechter Orientierungen?

Zur Beantwortung der Frage stellen wir zunächst sozioökonomische Erklärungen für rechte Orientierung dar und erweitern diese um einige Hypothesen zum Einfluss von wahrgenommener Gentrification und wohnstandortbezogenen Faktoren. Wir testen unsere Annahmen mit Hilfe von hierarchischen Regressionsmodellen am Beispiel einer Bevölkerungsbefragung in den Städten Düsseldorf, Leipzig und München. Abschließend diskutieren wir die Ergebnisse und deren Bedeutung für zukünftige Forschungen an der Schnittstelle zwischen Gentrification und politischen Einstellungen.

2. Theorie und Forschungsstand

Die Globalisierung der Märkte und der gesellschaftliche Wandel von der Industrie- zu einer Dienstleistungs- und Wissensgesellschaft haben zu einer relativen Entwertung niedriger Bildungsabschlüsse auf dem Arbeitsmarkt, zunehmender sozialer Ungleichheit und einem steigenden Risiko der Arbeitslosigkeit in sozio-ökonomisch schlechter gestellten Schichten geführt. Die damit verbundenen individuellen Abstiegsängste und der Konkurrenzdruck betreffen nicht allein die sozial schwächeren Gruppen, sondern auch die »sensible Mitte der Gesellschaft« (Lengfeld & Ordermann, 2017). Diese Entwicklung findet ihren Niederschlag auch in den Ergebnissen der vergangenen Wahlen. Obwohl die AfD keine direkten politischen Angebote an diese Gruppen macht, gehen Analysen der »Modernisierungsverliererthese« davon aus, dass Personen in einer objektiv benachteiligten Lage, z.B. Arbeiter, Arbeitslose, Personen mit niedriger Bildung und niedrigem Einkommen eher die AfD wählen (Lux, 2018). Differenzierte Analysen zeigen zudem, dass die Bedeutung objektiver wirtschaftlicher und kultureller Ursachen für rechte Orientierungen nach Bildung, Einkommen und Abstiegsängsten variiert (Lengfeld & Dilger, 2018). Demnach spielt nicht allein die objektive Lage, sondern die subjektive Lageeinschätzung und die Beurteilung der persönlichen ökonomischen Zukunftsaussichten eine bedeutsame Rolle bei der Erklärung rechter Orientierungen. Diffusen Zukunftsängsten kommt dabei eine besondere Bedeutung zu (Hirtenlehner, 2006). Gestützt auf Befragungsdaten aus dem oberösterreichischen Linz zeigen Helmut Hirtenlehner und Eva Groß (2018, S. 16), dass Abstiegsängste und Statuspanik in Kombination mit tiefgehenden Sorgen um den eigenen Wohlstand die Grundlage bilden, auf der Fremdenfeindlichkeit entsteht. Eine vermittelnde Rolle spielt dabei eine auf Migrant_innen ausgerichtete ökonomische Bedrohungs- und Konkurrenzwahrnehmung, die uns zu folgender Hypothese veranlasst:

H 1: Personen mit ökonomischen Ängsten weisen eine höhere Zustimmung zur AfD auf.

Wir ergänzen diesen allgemeinen Ansatz um eine auf den lokalen Kontext und die subjektive wahrgenommene Gentrification des Wohnumfelds bezogene Erklärung. Wir gehen davon aus, dass der Zusammenhang zwischen ökonomischen Ängsten und rechten Orientierungen durch Gentrification im Wohnumfeld beeinflusst wird. Entgegen bisheriger sozialstatistischer Ansätze zur Messung von Gentrification (vgl. Üblacker, 2017) geht es dabei nicht um die »objektive« Entwicklung des Gebiets, sondern um die subjektiv wahrgenommenen Veränderungen, da diese letztlich maßgeblich für Einstellungen und Handlungen sind (»Thomas Theorem«, vgl. Thomas & Thomas, 1928). Die Bewohner_innen eines Gebiets nehmen Gentrification über drei Dimensionen wahr: Den Austausch einer

statusniedrigeren durch eine statushöhere Wohnbevölkerung, Miet- und Eigentumspreissteigerungen sowie die physische Aufwertung der Bausubstanz und die Veränderung von lokalen Infrastrukturen und Gewerbe (Friedrichs, 1996; Glatter, 2007; Üblacker, 2018).

Die neu in das Gebiet ziehende Bevölkerungsgruppe weist höhere formale Bildungsgrade auf und verfügt über höhere Einkommen als die alteingesessene Gruppe, sie sind eher im Dienstleistungssektor oder in Wissensökonomien beschäftigt. Im Hinblick auf ihr Normen- und Werteverständnis handelt es sich überproportional häufig um Gruppen mit liberalen und progressiven Einstellungen und Werten sowie Lebens- und Konsumstilen, die sich von denen der Alteingesessenen unterscheiden (Üblacker, 2018, S. 134ff). Für diese wiederum repräsentieren die »neuen Nachbarn« Lebens- und Konsumstile, die ihren eigenen eher fremd sind (Alisch & zum Felde, 1990). Je größer die soziale Distanz zwischen den »Alten« und »Neuen« ist, desto unwahrscheinlicher werden wechselseitiger Kontakt und gruppenübergreifende lokale Netzwerke. Diese Prozesse des sozial-räumlichen Wandels führen insbesondere bei alteingesessenen Bewohner_innen dazu, dass lokale Netzwerke verloren gehen und dadurch das Nachbarschaftsvertrauen abnimmt (Butler & Robson, 2003).

Im Hinblick auf die Folgen dieser Entwicklungen für die politische Partizipation existieren zwei gegenüberstehende Erklärungen: Die Destabilisierungshypothese geht davon aus, dass durch das verminderte lokale Sozialkapital, den Verlust von Institutionen lokaler Vergemeinschaftung (z.B. Vereinen) und die ökonomische Marginalisierung der Bevölkerung die Wahlbeteiligung zurückgeht. Die Mobilisierungshypothese hingegen konstatiert, dass durch den Zuzug statushöherer Gruppen »bridging capital« entsteht und die politisch partizipierenden Zuziehenden den sozialen Druck zur Wahlbeteiligung für die gesamte Bewohnerschaft erhöhen. Nordamerikanische Studien bestätigen die Destabilisierungshypothese für marginalisierte Minderheiten im Gebiet (Gibbs & Haspel, 2006; Newman, Velez & Pearson-Merkowitz, 2016). Geringes lokales Sozialkapital erhöht außerdem die Zustimmung zu rechtspopulistischen Parteien (Van Gent & Musterd 2013; Berning & Ziller 2017).

H 2: Personen mit ökonomischen Ängsten, die eine soziale Gentrification in ihrem Wohnumfeld wahrnehmen, weisen eine höhere Zustimmung zur AfD auf.

H 3: Personen mit geringem lokalen Sozialkapital weisen eine höhere Zustimmung zur AfD auf.

H 4: Personen mit hoher Wohndauer weisen eine höhere Zustimmung zur AfD auf.

Neben den sozialen Veränderungen können relative Deprivation und ökonomische Ängste der durch Gentrification benachteiligten Bewohner_innen auch über die baulich-physische Veränderung der Wohnumgebung, Mietsteigerungen und Verdrängung sowie durch gewerbliche Veränderungen ausgelöst werden. Durch die steigende Nachfrage einkommensstärkerer Haushalte bestehen erhöhte Anreize auf Seiten der Wohnungsanbieter_innen, in die Bausubstanz zu investieren, höhere Mieten abzurufen und zu sanieren. Insbesondere für einkommensschwächere Bewohner_innen kann dies unter Umständen zum Verlust des Wohnraums und zur Verdrängung führen. Für die betroffenen Bewohner_innen im Aufwertungsgebiet ist dabei nicht allein der tatsächliche Prozess der eigenen Verdrängung von Bedeutung, sondern bereits die Wahrnehmung baulicher Veränderungen des Wohnumfelds oder die Verdrängung von Bekannten aus der Nachbarschaft. Dies kann Ängste vor der eigenen ökonomischen Marginalisierung und Verdrängung schüren, insbesondere unter den Gruppen, die über ein geringes Einkommen verfügen (Marcuse, 1985, S. 204f).

H 5: Personen mit ökonomischen Ängsten, die eine bauliche Gentrification in ihrem Wohnumfeld wahrnehmen, weisen eine höhere Zustimmung zur AfD auf.

Auch die gewerblichen Strukturen verändern sich im Zuge der Gentrification, in dem sie sich an die neuzuziehenden Bewohner_innen mit einem höheren finanziellen, sozialen und kulturellen Kapital anpassen (Zukin, 2009). Die über die allgemeine Attraktivierung des Gebiets einsetzende Steigerung der Gewerbesteuern zwingt Betreiber_innen dazu, unrentable Geschäfte zu schließen oder ihr Angebot auf zahlungskräftigere Konsumenten_innengruppen ausrichten, um höhere Umsätze zu erzielen. Für alteingesessene Gruppen mit geringem verfügbarem Einkommen führen diese Veränderungen unter Umständen zu einem Verlust oder der Veränderung von altbekannten Orten der Begegnung, die für die Identifikation mit der Nachbarschaft und die Ortsbindung eine große Bedeutung haben (Cole, 2013; Shaw & Hagemans, 2015; Valli, 2015).

H 6: Personen mit ökonomischen Ängsten, die eine gewerbliche Gentrification in ihrem Wohnumfeld wahrnehmen, weisen eine höhere Zustimmung zur AfD auf.

Den Hypothesen H1, H5 und H6 zu Folge würde eine wahrgenommene Gentrification die durch ökonomische Ängste bedingte Zustimmung zur AfD weiter verstärken. Obwohl der hier dargestellte Forschungsstand zu diesen Hypothesen führt, wäre es grundsätzlich denkbar, dass wahrgenommene Gentrification zu einer Verminderung der Zustimmung führen kann. Dies wäre der Fall, wenn Bewohner_innen die wahrgenommene Aufwertung der Nachbarschaft nicht mit ihrer eigenen ökonomischen Situation in Verbindung bringen.

3. Daten

Die verwendeten Daten stammen aus dem Verbundprojekt »Sicherheit im Bahnhofsviertel (SiBa)«¹, welches die Wirkung von Aufwertungsmaßnahmen auf die Wahrnehmung von kriminalitätsbezogener Sicherheit im Kontext sozialer und ökonomischer Verunsicherungen in den Städten Düsseldorf, Leipzig und München untersucht (Havkamp, Hennen, Hohendorf, Lukas & Quel, 2018). Als Erhebungsinstrument dient in den ausgewählten Untersuchungsstädten ein identisch konzipierter Fragebogen unter dem Leitthema »Lebensqualität und Sicherheit in der Stadt«.

Das Stichprobendesign basiert in allen drei Städten auf einer zweistufigen, räumlich geschichteten Zufallsauswahl. Auf der ersten Stufe wurden zunächst die Stadtteile festgelegt, aus denen die Befragungsteilnehmer_innen stammen sollten. Die Stichprobe umfasst in Düsseldorf insgesamt 59 der 179 in der kommunalen Gebietsgliederung identifizierten Sozialräume (32,9 %), in München 102 von 475 Stadtbezirksvierteln (21,5 %) und in Leipzig 35 von 63 Ortsteilen (55,6 %). Mit Ausnahme von denjenigen statistischen Bezirken, die im erweiterten Projektkontext als Bahnhofsviertel und kleinräumige Modellgebiete der Gentrification betrachtet werden, wurden die Quartiere zufällig ausgewählt. Die Ziehung der Befragten in den Stadtteilen erfolgte durch eine Zufallsauswahl von Adressen aus dem Einwohner_innenmelderegister der jeweiligen Stadt. Die Grundgesamtheit bilden dabei Bewohner_innen in Privathaushalten mit Hauptsitz in der jeweiligen Stadt im Alter von mindestens 18 Jahren im Jahr 2018. So umfasst der Datensatz über alle drei Untersuchungsstädte eine Nettofallzahl von $n = 5.586$ Befragten. Im Rahmen der Düsseldorfer Befragung wurde eine Nettofallzahl von insgesamt $n = 1.476$ Befragten erzielt (19,7 %), in Leipzig sind es $n = 1.914$ Befragte (25,5 %) und in München $n = 2.196$ Befragte (18,4 %). Personen, die SGB II-Hilfeleistungen beziehen und Menschen mit Migrationshintergrund sind in der Stichprobe unterrepräsentiert, ältere Menschen im Alter von über 65 sind dagegen überrepräsentiert (Tabelle 1).

4. Messung

Die abhängige Variable ist die Wahl der AfD bei der Bundestagswahl 2017. Hierzu wird die Frage nach der Zweitstimme verwendet.² Die binär kodierte Variable misst, ob eine Person angibt, die AfD oder eine andere Partei gewählt zu haben. Nicht-Wähler werden bei der Variable nicht berücksichtigt.

1 Das Projekt wird gefördert mit Mitteln des BMBF im Rahmen der »Forschung für die zivile Sicherheit«.

2 Die genaue Frage lautet: »Manche Menschen gehen heutzutage aus verschiedenen Gründen nicht zur Wahl. Wie ist das bei Ihnen? Wenn Sie bei der Bundestagswahl 2017 gewählt haben,

Tabelle 1: Beschreibung der Gesamtstichprobe

	Düsseldorf	Leipzig	München
Befragte (n)	1.476 (639.407)	1.914 (595.952)	2.196 (1.456.039)
Statistische Bezirke	59 von 179	35 von 63	102 von 475
Rücklaufquote	19,7 %	25,5 %	18,4 %
SGB II-Quote	5,5 % (12 %)	8 % (14 %)	3,2 % (4 %)
Migrationshintergrund	15 % (22 %)	7 % (10 %)	17 % (28 %)

Quelle: Haverkamp, Hecker & Hohendorf, 2019

Die subjektive Wahrnehmung von Gentrification wurde in Anlehnung an die von Jens Dangschat und Jürgen Friedrichs (1988, S. 89) verwendete »Gentrification-Skala« entwickelt und umfasst die Dimensionen des sozialen, baulichen und gewerblichen Wandels mit jeweils drei Items auf einer 4-stufigen Likert-Skala (Üblacker & Lukas, 2019). Die Items »Junge Leute sorgen in meinem Wohngebiet für Veränderung«, »Gut verdienende Leute gehen hier einkaufen oder abends in die Kneipen, Bars und Restaurants« und »Die gut verdienenden Leute, die hier wohnen, verändern mein Wohngebiet« erfassen die sozialen Veränderungen im Wohnumfeld der Befragten. Die baulichen Veränderungen werden über die Items »In meinem Wohngebiet werden in letzter Zeit viele alte Häuser saniert«, »Alte Häuser werden in meinem Wohngebiet deshalb saniert, damit die Miete erhöht werden kann« und »Nachbarn mussten schon wegziehen, da sie sich die Miete nicht mehr leisten konnten« erfasst. Die gewerblichen Veränderungen im Wohnumfeld werden über die Items »Abends kommen viele Leute aus anderen Stadtteilen hierher zum Ausgehen«, »In meinem Wohngebiet gibt es viele schicke Geschäfte« und »In meinem Wohngebiet gibt es viele neue Cafés, Bars und Restaurants« erfasst. Eine Faktorenanalyse bestätigt die theoriegeleitete Unterteilung der Items in drei Dimensionen (Cronbachs Alpha=0,866). Für die weitere Analyse verwenden wir jeweils einen additiven Index.

Die ökonomischen Ängste werden über sechs Items mit einer 5-stufigen Likert-Skala gemessen (Hirtenlehner, 2006). Die Befragten wurden gebeten ihre Beunruhigung über folgende Aussagen anzugeben: »dass die Steuern und Abgaben weiter steigen könnten«, »dass ich keine ausreichende Pension/Rente mehr bekommen könnte«, »das eine weitere Wirtschaftskrise auf uns zukommen könnte«, »dass sich mein Lebensstandard verschlechtern könn-

welche Partei haben Sie mit Ihrer Zweitstimme gewählt?«. Als Antwortmöglichkeiten standen CDU/CSU, SPD, AfD, FDP, Die Linke, Bündnis 90/Die Grünen, »Andere« und »Ich habe nicht gewählt« zur Verfügung.

te«, »dass ich meinen Job verlieren könnte« und »dass ich mir meine Wohnung nicht mehr leisten könnte«. Für die weitere Analyse wurden die Items zu einem Mittelwertindex zusammengefasst, dessen höhere Ausprägung auf ein stärkeres Unsicherheitsempfinden hinweist.

Außerdem nutzen wir eine Reihe von Kontrollvariablen, die einen Einfluss auf den Zusammenhang zwischen wahrgenommener Gentrifizierung und rechten Orientierungen haben können.

Das lokale Sozialkapital wird über einen Index zur Qualität und Häufigkeit der Nachbarschaftskontakte gemessen, der sich aus vier Items zusammensetzt. Die Befragten wurden gebeten anzugeben, wie häufig sie in den letzten zwölf Monaten folgende Dinge für oder mit ihren Nachbarn gemacht haben: sich über Ereignisse oder Probleme unterhalten, gemeinsam etwas in der Freizeit unternommen, etwas ausgeliehen, kleine Erledigungen übernommen (vgl. Heitmeyer, Kock, Marth, Thöle, Thome & Schroth, 2012; Häfele, 2013). Aus den Antworten wurde ein Mittelwertindex gebildet, dessen Höhe Auskunft über die Qualität der Nachbarschaftskontakte gibt. Der Index wurde auf zwei Ausprägungen reduziert (1=gute/viele Nachbarschaftskontakte). Zusätzlich wurde das Nachbarschaftsvertrauen über die Zustimmung zur Aussage »Man kann den Leuten in der Nachbarschaft vertrauen« (4er-Skala) erfasst, die eines von vier Items der übersetzten Collective Efficacy-Skala darstellt (Sampson, 1997).

Das Bildungsniveau wurde über den höchsten abgeschlossenen Schulabschluss abgefragt.³ Die Ausprägungen wurden für die Analysen aufsteigend sortiert, wobei »kein Schulabschluss« als Referenzkategorie gilt. Die objektive soziale Lage wird über die Variable zum Sozialhilfebezug erfasst (Bezug von Sozialhilfe, Sozialgeld oder Arbeitslosengeld II). Die Referenzkategorie bilden die Probanden, die keine dieser Sozialhilfen in Anspruch nehmen. Zur Komplexitätsreduktion und zur besseren Vergleichbarkeit mit anderen Studien wurde bei dem Geschlecht auf die dritte Ausprägung »anderes« verzichtet. Zusammen mit den fehlenden Werten gehen hierbei lediglich 66 Fälle verloren. Die Variable wurde so konstruiert, dass die Frauen die Referenzkategorie bilden. Das Alter wurde über das Geburtsjahr erfasst und entsprechend umkodiert. So bildet die Variable das Alter zum Zeitpunkt der Befragung ab (2018). Die Wohndauer wurde über das Jahr des Zuzugs in das Wohngebiet berechnet. Um einen möglichen Einfluss der Stadt zu prüfen, wurde der Wohnort (Düsseldorf, München, Leipzig) als Dummy hinzugefügt. Die Referenzkategorie bildet München.

3 Volks-/Hauptschulabschluss, Mittlere Reife/Realschulabschluss/Polytechnische Oberschule, Abitur/(Fach-)Hochschulreife, (Fach-)Hochschulabschluss, keinen Schulabschluss, noch Schüler/Schülerin.

Tabelle 2: Merkmale von Personen mit AfD-Wahl im Vergleich

	AfD-Wähler_innen (N=191)	Nicht-AfD-Wähler_innen (N=1 967)
<i>Kontrollvariablen</i>		
Anteil Sozialhilfebezug in %	7,86 % (15)	2,39 % (47)
Anteil Männlich in %	59,16 % (113)	46,52 % (915)
Durchschnittlicher Bildungsabschluss (0=Kein Schulabschluss)	2,69	3,07
Durchschnittliches Alter in Jahren	53,46	51,68
Durchschnittliche Wohndauer in Jahren	23,31	19,27
<i>Indexwerte</i>		
Soziale Gentrification	2,31	2,56
Bauliche Gentrification	2,47	2,52
Gewerbliche Gentrification	1,76	1,94
Ökonomische Angst	3,59	2,96
Nachbarschaftskontakte	0,34	0,45
Nachbarschaftsvertrauen	2,26	2,21

Quelle: eigene Darstellung

5. Methode

Wir testen unsere Hypothesen mit einer hierarchischen OLS-Regression mit vier Modellen, da wir überprüfen möchten, inwiefern sich der Einfluss des Prädiktors unter der Berücksichtigung verschiedener Mediatoren über die Modelle hinweg verändert. Dabei interessiert uns vor allem die ungefähre Effektstärke und Richtung eines Prädiktors sowie dessen Signifikanz. Wir wählen eine lineare Modellierung, da die Differenz der Koeffizienten innerhalb und zwischen den Modellen leichter interpretierbar ist als bei einer nichtlinearen Modellierung (Mood 2010; Breen, Karlson & Holm, 2013; Breen, Karlson & Holm, 2018).

Im Detail erfolgt die Analyse durch die schrittweise Erweiterung des Variablenpools mit jedem Modell. Hierbei werden zunächst die Prädiktoren und dann die Kontrollvariablen nach und nach hinzugefügt, sodass das finale Modell alle zu untersuchenden Variablen enthält. Zu Beginn wird lediglich der Effekt des unterstellten Hauptprädiktors berücksichtigt, um anschließend eine Ergänzung durch die genannten Kontrollvariablen zu untersuchen. Über die Modelle hinweg verrin-

gert sich so auch die Fallzahl. Da dies jedoch keine Auswirkungen auf die einzelnen Effektstärken und Signifikanzen hat, wurde von einer Konstanzhaltung der Fallzahl abgesehen.

Durch die Untersuchung des Hauptprädiktors über alle Modelle hinweg, ergibt sich die Möglichkeit die Robustheit der Variablen zu testen. Es ist so möglich, auf die Robustheit der Effekte zu schließen, auch wenn die einzelnen Variablen über die Modelle hinweg an Effektstärke oder gar Signifikanz einbüßen.

6. Analyse und empirische Befunde

Das erste Modell (Tabelle 3) enthält die drei Indizes zur wahrgenommenen Gentrification und die Kontrollvariablen Bildung, Geschlecht (männlich), Alter und Sozialhilfebezug. Es ist zu erkennen, dass entgegen unserer Hypothesen, die Wahrnehmung sozialer Aufwertung in der Wohnumgebung negativ mit der Zustimmung zur AfD zusammenhängt. Gewerbliche und bauliche Aufwertung zeigen keinen signifikanten Einfluss. Ebenso vermindert eine höhere Bildung die Zustimmung. Männliche Befragte und Personen mit SGBII-Bezug hingegen weisen eine höhere Zustimmung auf.

Als Indikator für die subjektive Lageeinschätzung kommen im zweiten Modell die ökonomischen Ängste hinzu. Wie vermutet, weisen diese einen signifikant positiven Zusammenhang mit der Zustimmung zur AfD auf und vermindern die Bedeutsamkeit des SGBII-Bezugs als Indikator für objektive Benachteiligung. Die Wahrnehmung sozialer Aufwertung bleibt dabei signifikant.

Tabelle 3: OLS-Regression zur AfD-Wahl, Modelle 1 und 2

Variablen	Modell 1		Modell 2	
	st.	unst.	st.	unst.
Wahrnehmung von Gentrification				
Soziale Gentrification	-0.091–	-0.035–	-0.082–	-0.032–
Bauliche Gentrification	0.021	0.006	-0.006	-0.002
Gewerb. Gentrification	-0.014	-0.004	-0.007	-0.002
Ökonomische Ängste			0.179–	-0.052

<i>Interaktionsterme</i>				
ÖÄ_SozG				
ÖÄ_BauG				
ÖÄ_GewG				
Wohnstandort				
Vertrauen				
Kontakte				
Wohndauer				
München				
Leipzig				
Düsseldorf				
Kontrollvariablen				
Bildung	-0.098–	-0.027–	-0.081–	-0.0233–
Männlich	0.083–	0.047–	0.087–	0.049–
Alter	-0.020	-0.000	0.002	0.000
Sozialhilfebezug	0.080–	0.136–	0.043–	0.075–
<i>Konstante</i>		0.245–		0.063
<i>Modellstatistiken</i>				
N	2158		2094	
R ²	0.033		0.060	
adj. R ²	0.030		0.057	

– $p < 0.05$, – $p < 0.01$, – $p < 0.001$

Quelle: eigene Darstellung

Die theoretische Argumentation geht davon aus, dass der Zusammenhang zwischen ökonomischen Ängsten und der Zustimmung zur AfD durch wahrgenommene Gentrification in der Wohnumgebung verändert wird. Wir testen diese Annahme im dritten Modell, in dem wir drei Interaktionsterme einfügen (Tabelle 4). Der Interaktionsterm zwischen ökonomischen Ängsten und wahrgenommener sozialer Aufwertung weist eine geringe Signifikanz auf. Inhaltlich bedeutet dies, dass der positive Zusammenhang zwischen ökonomischen Ängsten und

der Zustimmung zur AfD durch die Wahrnehmung sozialer Aufwertung in der Wohnumgebung abgeschwächt wird. Die Interaktionsterme zur baulichen und gewerblichen Gentrification sind nicht signifikant, die Wahrnehmung dieser Veränderungen im Wohnumfeld wirkt sich also nicht auf den Zusammenhang zwischen ökonomischen Ängsten und der Zustimmung zur AfD aus.

Tabelle 4: OLS-Regression zur AfD-Wahl, Modelle 3 und 4

Variablen	Modell 3		Modell 4	
	st.	unst.	st.	unst.
<i>Wahrnehmung von Gentrification</i>				
Soziale Gentrification	-0.082–	-0.032–	-0.070–	-0.027–
Bauliche Gentrification	-0.008	-0.002	-0.023	-0.007
Gewerb. Gentrification	-0.009	-0.002	-0.005	-0.001
Ökonomische Ängste	0.179–	0.052–	0.171–	0.049–
<i>Interaktionsterme</i>				
ÖÄ_SozG	-0.049–	-0.018–	-0.075–	-0.028–
ÖÄ_BauG	0.005	0.001	0.009	0.003
ÖÄ_GewG	-0.041	-0.012	-0.025	-0.007
<i>Wohnstandort</i>				
Vertrauen			0.031	0.0204
Kontakte			-0.050–	-0.027–
Wohndauer			0.077–	0.001–
München			0	0
Leipzig			0.087–	0.052–
Düsseldorf			0.005	0.002

Kontrollvariablen				
Bildung	-0.079–	-0.022–	-0.068–	-0.019–
Männlich	0.083–	0.047–	0.074–	0.041–
Alter	0.007	0.0000	-0.031	-0.0000
Sozialhilfebezug	0.042–	0.074–	0.041	0.072
Konstante		0.060		0.015
Modellstatistiken				
N	2094		2024	
R ²	0.066		0.080	
adj. R ²	0.061		0.073	

– $p < 0.05$, – $p < 0.01$, – $p < 0.001$

Quelle: eigene Darstellung

Im letzten Modell fügen wir einige wohnstandortbezogene Variablen hinzu. Besonders deutlich wird, dass Befragte in Leipzig eine signifikant höhere Zustimmung zur AfD aufweisen als jene in Düsseldorf oder München. Außerdem bestätigt sich die Hypothese zur steigenden Wohndauer, hier zeigt sich ein positiver Zusammenhang. Ein negativer Zusammenhang besteht darüber hinaus zwischen den Nachbarschaftskontakten und der Zustimmung zur AfD, was die aus der Theorie abgeleitete Annahme bestätigt. Unter Einbezug wohnstandortbezogener Merkmale nimmt auch die Signifikanz des Interaktionsterms zu, wohingegen der Sozialhilfebezug nicht mehr signifikant ist.

Über die Modelle hinweg stellt sich der Zusammenhang zwischen ökonomischen Ängsten und der Zustimmung zur AfD als besonders robust heraus. Männliche Befragte mit niedriger Bildung, hoher Wohndauer und Wohnort in Leipzig weisen eine höhere Zustimmung zur AfD auf. Die Hypothesen, dass Personen mit ökonomischen Ängsten, die Gentrification in ihrem Wohnumfeld wahrnehmen, eher die AfD wählen (H1, H4, H5), können nicht bestätigt werden. Im Gegenteil: Es stellt sich heraus, dass der positive Zusammenhang zwischen ökonomischen Ängsten und Zustimmung zur AfD durch die Wahrnehmung sozialer Aufwertung im Wohnumfeld abgeschwächt wird. Dieser Zusammenhang tritt unter Einbezug wohnstandortbezogener Merkmale noch deutlicher hervor. Soziale Kontakte im Wohnumfeld zeigen einen negativen Zusammenhang mit der Zustimmung zur AfD.

7. Ergebnisse

Im vorliegenden Beitrag wurde analysiert, wie die wahrgenommene Aufwertung im Wohnumfeld, ökonomische Ängste und die Zustimmung zur AfD zusammenhängen. Dabei zeigte sich, dass die aus der Theorie und den bisherigen empirischen Befunden abgeleiteten Hypothesen zur Bedeutung wohnstandortbezogener Merkmale und des Wohnumfelds nur zum Teil bestätigt werden können. So stellte sich heraus, dass eine wahrgenommene soziale Aufwertung in der Wohnumgebung den Zusammenhang zwischen ökonomischen Ängsten und der Zustimmung zur AfD vermindert. Vor dem Hintergrund konkurrierender Annahmen über die Einstellungen der betroffenen Bewohner_innen gegenüber der Gentrification ihrer Wohnumgebung und der Wirkung dieser Prozesse auf politische Einstellung lassen sich folgende Schlüsse aus der Analyse ziehen. Erstens verringert die Wahrnehmung von Verjüngung, Zuzug und Nutzung durch besserverdienende Gruppen in der Wohnumgebung (soziale Dimension der Gentrification) die Zustimmung zur AfD, dies gilt zunächst unabhängig von den ökonomischen Ängsten einer Person. Zwar weisen Personen mit ökonomischen Ängsten eine höhere Zustimmung zur AfD auf, jedoch wird dieser Zusammenhang schwächer, wenn die Person eine soziale Aufwertung in ihrer Wohnumgebung wahrnimmt. Das kann zum Beispiel über die gesteigerten Kontaktmöglichkeiten mit anderen politischen Milieus oder den generellen Eindruck eines »Aufschwungs« in der Nachbarschaft erklärt werden. Zweitens haben weder die Veränderungen des Gewerbes noch die immobilienwirtschaftlichen Aufwertungs- und Verdrängungsprozesse einen Einfluss. Drittens konnte gezeigt werden, dass eine steigende Wohndauer positiv mit der Zustimmung zur AfD zusammenhängt und Befragte in Leipzig gegenüber Befragten in München und Düsseldorf eher die AfD wählen. Eine Erklärung für den Unterschied zwischen den Städten kann der höhere AfD-Wähleranteil in ostdeutschen Städten sein. Außerdem hat unter den betrachteten Städten insbesondere Leipzig in den vergangenen Jahrzehnten eine besondere Dynamik der Bevölkerungs- und Wohnungsmarktentwicklung erfahren, d.h. unter den drei untersuchten Städten durchlief Leipzig den wohl deutlichsten stadtgeseilschaftlichen Wandel.

Diese Studie unterliegt einer Reihe von Einschränkungen, die gleichzeitig den weiteren methodischen und inhaltlichen Forschungsbedarf skizzieren. Zum einen wurde keine Mehrebenenanalyse gerechnet, die aber womöglich Aufschluss darüber geben kann, inwiefern der jeweils spezifische soziale und räumliche Kontext einen Einfluss ausübt. Diese Kontexteinflüsse wurden einzig über die Wahrnehmung der Veränderung des Wohnumfelds gemessen. Aufgrund des theoretischen Ausgangspunkts der Gentrification-Forschung untersucht dieser Beitrag allein die sozioökonomischen Faktoren zur Erklärung rechter Orientierungen. Aktuelle Studien weisen jedoch darauf hin, dass Fremdenfeindlichkeit, gruppen-

bezogene Vorurteile, Unzufriedenheit mit dem politischen System und politische Entfremdung bedeutsame Faktoren sind (Lengfeld & Dilger, 2018; Rippl & Seipel, 2018). Zuletzt können auf Basis dieser Untersuchung nur Aussagen über Zusammenhänge getroffen werden, nicht über Kausalitäten. Die Komplexität des Phasenverlaufs der Gentrification und deren Wahrnehmung durch die Bewohner_innen kann so nur unzureichend berücksichtigt werden. Es ist durchaus denkbar, dass individuelle Einstellungen auf die Intensität des wahrgenommenen Wandels reagieren und sich dadurch auch bauliche und gewerbliche Aspekte als bedeutsam herausstellen.

Literatur

- Alisch, M. & Zum Felde, W. (1990). »Das gute Wohngefühl ist weg!« – Wahrnehmung, Bewertungen und Reaktionen von Bewohnern im Vorfeld der Verdrängung. In J. Blasius & J. Dangschat (Hg.), *Gentrification: die Aufwertung innenstadtnaher Wohnviertel* (S. 173-194). Frankfurt a.M. und New York: Campus.
- Berning, C. C. & Ziller, C. (2017). Social trust and radical right-wing populist party preferences. *ACTA POLITICA*, 52 (2), 198-217.
- Breen, R., Karlson, K. B. & Holm, A. (2013). Total, Direct, and Indirect Effects in Logit and Probit Models. *Sociological Methods & Research*, 42 (2), 164-191.
- Breen, R., Karlson, K. B. & Holm, A. (2018). Interpreting and Understanding Logits, Probits, and Other Nonlinear Probability Models. *Annual Review of Sociology*, 44 (1), 39-54.
- Butler, T. & Robson, G. (2001). Social capital, gentrification and neighbourhood change in London: A comparison of three south London neighbourhoods. *Urban Studies*, 38 (12), 2145-2162.
- Cole, I. (2013). Whose place? Whose history? Contrasting narratives and experiences of neighbourhood change and housing renewal. *Housing, Theory and Society*, 30 (1), 65-83.
- Dangschat, J. & Friedrichs, J. (1988). *Gentrification in der inneren Stadt von Hamburg*. Hamburg: Gesellschaft für sozialwissenschaftliche Stadtforschung.
- Deppisch, L. (2019). »Wo sich Menschen auf dem Land abgehängt fühlen, hat der Populismus freie Bahn« – eine Analyse des populär-medialen Diskurses zu der Bedeutung von Infrastrukturverfall, Abstiegsangst und rechten (extremistischen) Werten für den Zuspruch zum Rechtspopulismus, *Thünen Working Papers* 119. Germany: Johann Heinrich von Thünen-Institut. Zugriff am 10.12.2019 von <http://d-nb.info/1178818756/>
- Friedrichs, J. & Kecskes, R. (Eds.). (1996). *Gentrification*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

- Gibbs Knotts, H. & Haspel, M. (2006). The Impact of Gentrification on Voter Turnout. *Social Science Quarterly*, 87 (1), 110-121.
- Glatter, J. (2007). *Gentrification in Ostdeutschland – Untersucht am Beispiel der Dresdner Äußeren Neustadt*. Dresden: TU Dresden.
- Goerres, A., Spies, D. C. & Kumlin, S. (2018). The Electoral Supporter Base of the Alternative for Germany. *Swiss Political Science Review*, 24 (3), 246-269.
- Häfele, J. (2013). *Die Stadt, das Fremde und die Furcht vor Kriminalität*. Wiesbaden: Springer VS.
- Haverkamp, R., Hennen, I., Hohendorf, I., Lukas, T. & Quel, M. (2018). Sicherheit im Bahnhofsviertel (SiBa). *Forum Kriminalprävention* 3, 24-27.
- Haverkamp, R., Hecker, M. & Hohendorf, I. (2019). *Ergebnisbericht Bewohnendenbefragung*. Düsseldorf, Leipzig, München. Universität Tübingen: Stiftungsprofessur für Kriminalprävention und Risikomanagement.
- Heitmeyer, W., Kock, S., Marth, J., Thöle, U., Thome, H., Schroth, A. & Wetering, D. (2012). *Gewalt in öffentlichen Räumen*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Hillje, J. (2018). *Rückkehr zu den politisch Verlassenen*. Berlin: Das Progressive Zentrum.
- Hirtenlehner, H. (2006). Kriminalitätsfurcht – Ausdruck generalisierter Ängste und schwindender Gewissheiten? Untersuchung zur empirischen Bewährung der Generalisierungsthese in einer österreichischen Kommune. *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, 58 (2), 307-331.
- Hirtenlehner, H. & Groß, E. (2018). *Einstellungen zu »Ausländern« und Furcht vor Kriminalität*. *Kriminalistik*, 3, 196-173.
- Lengfeld, H. & Dilger, C. (2018). Kulturelle und ökonomische Bedrohung. Eine Analyse der Ursachen der Parteiidentifikation mit der »Alternative für Deutschland« mit dem Sozio-oekonomischen Panel 2016. *Zeitschrift für Soziologie*, 47 (3), 181-199.
- Lengfeld, H. & Ordemann, J. (2017). Der Fall der Abstiegsangst, oder: Die mittlere Mittelschicht als sensibles Zentrum der Gesellschaft. Eine Trendanalyse 1984-2014. *Zeitschrift für Soziologie*, 46 (3), 167-184.
- Lux, T. (2018). Die AfD und die unteren Statuslagen. Eine Forschungsnotiz zu Holger Lengfelds Studie Die »Alternative für Deutschland«: eine Partei für Modernisierungsverlierer? *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, 70 (2), 255-273.
- Marcuse, P. (1985). Gentrification, Abandonment, and Displacement: Connections, Causes, and Policy Responses in New York City. *Journal of Urban and Contemporary Law*, 28, 195-240.
- Mood, C. (2010). Logistic Regression: Why We Cannot Do What We Think We Can Do, and What We Can Do About It. *European Sociological Review*, 26 (1), 67-82.

- Newman, B. J., Velez, Y. & Pearson-Merkowitz, S. (2016). Diversity of a Different Kind: Gentrification and Its Impact on Social Capital and Political Participation in Black Communities. *The Journal of Race, Ethnicity, and Politics*, 1 (2), 316-347.
- Rippl, S. & Seipel, C. (2018). Modernisierungsverlierer, Cultural Backlash, Postdemokratie: Was erklärt rechtspopulistische Orientierungen? *KZfSS Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, 70 (2), 237-254.
- Sampson, R. J., Raudenbush, S. W. & Earls, F. (1997). Neighborhoods and Violent Crime: A Multilevel Study of Collective Efficacy. *Science*, 277 (5328), 918-924.
- Shaw, K. S. & Hagemans, I. W. (2015). »Gentrification Without Displacement« and the Consequent Loss of Place: The Effects of Class Transition on Low-income Residents of Secure Housing in Gentrifying Areas. *International Journal of Urban and Regional Research*, 39 (2), 323-341.
- Thomas, W. & Thomas, D. S. (1928). *The Child in America. Behavior Problems and Programms*. New York: Alfred A. Knopf.
- Üblacker, J. (2017). Gentrification-Forschung in Deutschland. Eine Bestandsaufnahme der Methoden zur Erfassung sozialen Wandels. In S. Lessenich (Hg.), *Geschlossene Gesellschaften*. Verhandlungen des 38. Kongresses der Deutschen Gesellschaft für Soziologie in Bamberg 2016.
- Üblacker, J. (2018). *Gentrifizierungsforschung in Deutschland: eine systematische Forschungssynthese der empirischen Befunde zur Aufwertung von Wohngebieten*. Op-laden, Berlin & Toronto: Budrich UniPress Ltd.
- Üblacker, J. & Lukas, T. (2019). Keine Angst, es ist nur Gentrification? Soziale und ökonomische Ängste, Kriminalitätsfurcht und Verdrängungsdruck im Düsseldorf-Bahnhofsviertel. *sub|urban. zeitschrift für kritische stadtforschung*, 7 (1/2), 93-114.
- Valli, C. (2015). A Sense of Displacement: Long-time Resident' Feelings of Displacement in Gentrifying Bushwick, New York: A SENSE OF DISPLACEMENT. *International Journal of Urban and Regional Research*, 39 (6), 1191-1208.
- Van Gent, W. P. C. & Musterd, S. (2013). Unintended Effects of Urban and Housing Policies on Integration: »White« Discontent in the Dutch city. *Geographie Research Forum*, 33, 64-90.
- Zukin, S. (2009). *Naked city: the death and life of authentic urban places*. Oxford: Oxford University Press.

